

**Unterrichtung**  
(zu Drs. 16/405 und 16/925)

Der Präsident  
des Niedersächsischen Landtages  
– Landtagsverwaltung –

Hannover, den 19.02.2009

**Luftfahrt- und Logistikstandort Hannover sichern und ausbauen**

Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/405

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr - Drs. 16/925

Der Landtag hat in seiner 31. Sitzung am 19.02.2009 folgende Entschließung angenommen:

**Luftfahrt- und Logistikstandort Hannover sichern und ausbauen**

Der Flughafen Hannover-Langenhagen ist mit 5,64 Mio. Passagieren im Jahr 2007 und einem derzeitigen Luftfrachturnschlag (einschließlich Post) von 60.000 Tonnen der einzige internationale Verkehrsflughafen Niedersachsens. Er bietet rund 7.900 Menschen unmittelbar Beschäftigung, davon ca. 1.300 bei der Flughafengesellschaft selbst. Als einer der wenigen Verkehrsflughäfen ist Hannover inzwischen eigenwirtschaftlich und verzinst das Eigenkapital der Gesellschafter angemessen. Mit TUfly hat eine der wichtigsten deutschen Ferienfluggesellschaften ihre Heimatbasis in Langenhagen. Das Land, die Landeshauptstadt und die Fraport AG haben als Gesellschafter für die nächsten drei Jahre ein Investitionsprogramm in Höhe von 110 Mio. Euro (Flughafen eigenfinanziert) beschlossen, um insbesondere den Fracht- und Logistikbereich, aber auch den Service-, Erlebnis- und Shoppingbereich weiter auszubauen. Für den Wirtschaft- und Messestandort Niedersachsen und Hannover hat der internationale Flughafen eine herausgehobene Bedeutung, die es zu erhalten und auszubauen gilt.

Der Landtag bittet die Landesregierung:

1. die mehrheitliche Beteiligung von Stadt und Land an der Flughafengesellschaft (je 35 %) aufgrund der herausragenden Bedeutung des Flughafens und des öffentlichen Interesses für die niedersächsische Wirtschaft mindestens bis zum Abschluss der Investitionsphase zu erhalten,
2. eine mögliche Veräußerung von Anteilen des Landes am Flughafen nur in enger Abstimmung mit der Landeshauptstadt Hannover als weiteren niedersächsischen Gesellschafter vorzunehmen,
3. sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür einzusetzen, dass Hannover-Langenhagen auch nach möglichen weiteren Zusammenschlüssen von deutschen Fluggesellschaften Sitz einer wichtigen Airline bleibt und deren Heimatbasis nicht an einen anderen Flughafen verlegt wird,
4. den Flughafen Hannover-Langenhagen in seiner wirtschaftlichen und verkehrlichen Weiterentwicklung zu unterstützen; dies erfordert u. a. die Aufrechterhaltung der vorhandenen infrastrukturellen und genehmigungsrechtlichen Kapazitäten unter Berücksichtigung der berechtigten Interessen der Nachbarschaft;
5. einer Wettbewerbsverzerrung durch staatliche Zuschüsse zum Ausbau konkurrierender Flughäfen (u. a. Kassel-Calden) entgegenzuwirken.

(Ausgegeben am 23.02.2009)